

07.10.2016 – PM 69/2016

Welttag für menschenwürdige Arbeit

IG BAU: Kein Profit auf Kosten der Ärmsten

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert eine gesetzliche Pflicht für deutsche Unternehmen, die Einhaltung der Menschenrechte auch im Ausland zu achten. Anlässlich des heutigen (für die Red. 7. Oktober 2016) „Welttags für menschenwürdige Arbeit“ sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger: „In vielen Staaten arbeiten Menschen zu unvorstellbaren Bedingungen. Ihre Löhne sind extrem niedrig, so dass sie trotz Arbeit in Armut leben müssen. Es bestehen noch immer Formen von Leibeigenschaft und selbst Kinderarbeit ist noch an der Tagesordnung. Die Arbeitsbedingungen sind oft ausbeuterisch. Geregelte Arbeitszeiten fehlen ebenso wie ein vernünftiger Arbeits- und Gesundheitsschutz. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass deutsche Unternehmen keinen Profit auf Kosten der Ärmsten machen. Mit dem geplanten Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte hat sie ein wirksames Instrument, die notwendigen Pflichten der Sorgfalt und Transparenz gesetzlich zu verankern.“

Deutsche Unternehmen trifft vielfach über Handelsbeziehungen oder Auslandsgeschäfte eine Mitverantwortung für menschenverachtende Arbeitsbedingungen in anderen Staaten. Die IG BAU kritisiert etwa seit Jahren gemeinsam mit dem Verein Xertifix schlimmste Arbeitsbedingungen in asiatischen Natursteinproduktionsstätten. Sieben-Tage-Wochen sind keine Seltenheit, elementarste Schutzmaßnahmen fehlen und insbesondere durch Steinstaub verursachte Lungenerkrankungen führen häufig zum Tod. Hiesige Baustoffmärkte und Einzelhändler müssen darauf achten, dass ihre Lieferkette sauber ist“, sagte Feiger. „Kunden können den Steinen nicht ansehen, unter welchen Bedingungen sie produziert wurden. Ebenso trifft Bauunternehmen die Pflicht auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu achten, wenn sie Aufträge im Ausland annehmen und dort umsetzen.“

(1842 Zeichen)